

Vertragsunterschrift fehlte jahrelang

Der Vertrag über Kommunalsteuerzahlungen für das Fahrsicherheitszentrum in Wiesing war drei Jahre lang nicht unterschrieben worden. Der Gemeinderat wusste das nicht. Unterzeichnet wurde nun ein anderer Deal.

Von Angela Dähling

Wiesing – Es war eine böse Überraschung für die Mitglieder des Überprüfungsausschusses bei ihrer Sitzung am 2. März. Da kamen die Mandatäre nämlich drauf, dass ein Vertrag, den der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 1. März 2017 beschlossen hat, nie Gültigkeit erlangte. Und dass ohne Kenntnis des Gemeinderats eine abgeänderte Variante aufgesetzt wurde, die aber nur seitens der Gemeinde unterschrieben wurde. Die Unterschrift der Käuferseite aber fehlte.

Konkret geht es um das Fahrsicherheitszentrum im neuen Wiesinger Gewerbegebiet Larchwald. Zum Kaufvertrag mit der Fahrschule Sappl und der Fahrschule Zebra über 12.300 m² Grund zum Preis von 160 €/m² gibt es eine Zusatzvereinbarung über die Kommunalsteuerzahlung. Von acht und später 15 Mitarbeitern war bei den Kaufverhandlungen die Rede. Um sicherzustellen, dass ein gewisser Betrag unabhängig von der Beschäftigtenzahl an die Gemeinde gezahlt wird, beschlossen die Gemeinderäte am 1. März 2017 Folgendes: Die ersten fünf Jahre sollen 10.000 Euro Kommunalsteuer gezahlt werden, im 6. bis 10. Jahr 14.000 Euro, ab dem 10. Jahr unbefristet 18.000 Euro.

In jenem Vertrag, der danach aufgesetzt und von der Gemeindeführung unterzeichnet wurde, war indes von einer befristeten Zahlung der 18.000 Euro die Rede. Nämlich bis zum 25. Jahr. In der jüngsten



Das Fahrtechnikzentrum. Dessen Chef Hannes Sappl sagt: „Wir haben unterschrieben, was von Anfang an mit dem Bürgermeister ausgemacht war.“ Foto: Dähling

Gemeinderatssitzung erklärte Bürgermeister Alois Aschberger, dass die unbefristetete Fassung „sittenwidrig“ gewesen sei. Doch wie gesagt, drei Jahre nach dem Gemeinderatsbeschluss war auch die zweite Fassung über 25 Jahre nicht unterschrieben. Drei Tage nach der Überprüfungsausschusssitzung gab es dann am 5. März eine Unterschrift der Käuferseite. Allerdings unter einen neuerlich geänderten Vertrag. Denn nun werden die

18.000 Euro nur noch vom 10. bis zum 15. Jahr gezahlt. Also nochmals um zehn Jahre weniger.

Dementsprechend brodelte es bereits bei der Gemeinderatssitzung im Mai und erst recht bei jener vergangene Woche. Da brauchte der Bürgermeister nämlich den Sanktus von den Mandatären zur unterschriebenen Letztfassung. Die erhielt er nur ganz knapp: 8 Jastimmen, 5 Neinstimmen und zwei Enthaltungen.

Laut BM Aschberger habe die Gemeinde keinen Cent verloren, denn die ersten 10.000 Euro Kommunalsteuer seien im Frühjahr ja bereits gezahlt worden. „Und wie sich in 15 Jahren die Kommunalsteuer entwickelt, weiß keiner.“ Der Dorfchef meinte, ihm wäre eine ewige Zahlung auch am liebsten, das sei aber sittenwidrig. „Und auch die 25 Jahre wären mir lieber. Aber das sind vife Geschäftsleute, sie haben gepokert bis zum Geht-

nichtmehr. Das konnten sie, weil der Kaufvertrag ja schon unterschrieben war. Dass Kaufvertrag und Zusatzvereinbarung leider nicht gleichzeitig unterschrieben wurden, nehme ich auf meine Kappe.“ Ihm sei es um die Finanzierungssicherheit für das Dorfzentrum gegangen. Denn der Grundverkauf sicherte einen Teil dieser Finanzierung ab.

Sowohl Hubert Klammer (FPÖ) als auch Patrizia Verra und Michael Rott (WFW) kri-

tisierten die Vorgangsweise und dass der Vertrag offenbar drei Jahre liegen geblieben ist. Laut Aschberger wurde in den drei Jahren immer wieder verhandelt. Klammer kritisierte auch, dass die Gemeinde und nicht der Käufer die Aushubkosten von 80.000 Euro beim Fahrsicherheitszentrum zu tragen hatte. „Wir hatten uns halt Schotter erhofft, aber leider mussten wir das Material wegführen“, antwortete BM Aschberger. Verra warf ein, dass der Käufer ohnehin schon um zehn Euro pro Quadratmeter weniger als andere beim Grundkauf gezahlt habe. Und dafür, dass man sich „legen lasse“, indem man sittenwidrige Verträge erstellen lasse, zeigte sie kein Verständnis. Alexandra Zingerle von der Bürgermeisterliste merkte an, dass der Überprüfungsausschuss den 25-Jahres-Vertrag am 2. März erstmals gesehen habe und er in nur drei Tagen auf 15 Jahre geändert wurde.

Und was sagt die Käuferseite? Hannes Sappl von der Fahrschule Sappl stellt die Sache anders dar als der Gemeindechef: „Wir haben die Variante unterschrieben, die wir von Anfang an mit dem Bürgermeister vereinbart hatten. Uns wurden nach dieser Abmachung zwei andere Varianten vorgelegt: eine unbefristete, die sittenwidrig war, und eine auf 25 Jahre. Woher die kamen, wissen wir nicht. Wir haben immer nur mit dem Bürgermeister verhandelt und sind davon ausgegangen, dass alles abgeklärt war. Mit uns macht man was aus und dabei bleiben wir dann auch.“